

Siegener Zeitung

Überparteiliches, amtliches Kreisblatt für Siegen-Wittgenstein, Altenkirchen und Olpe

AUSGABE KREIS OLPE

Nr. 20 | 200. Jahrgang | G 6295N

Dienstag, 25. Januar 2022

Einzelpreis: Mo.-Fr. 2,10 € | Sa. 2,50 €

LOKALES

Neuer 1. Brudermeister



Hünsborner Schützen wählten nach dem Tod von Paul Ernst nun Christopher Berres zum neuen 1. Brudermeister ihrer Bruderschaft. **Seite 8**

Kooperation für Kolleg

Die 14-jährige Zeit eines eigenständigen Weiterbildungskollegs für den Kreis Olpe soll enden. Stattdessen Kooperation mit Stadt Siegen geplant. **Seite 7**

WIRTSCHAFT

DAX
15 011,13
(- 592,75)

Dow Jones
34 364,50
(+ 99,13)

Schock für Hausbauer

Regierung stoppt KfW-Förderung für energieeffiziente Gebäude. **Seite 19**

ZEITGESCHEHEN

Amoklauf in Heidelberg

Im Hörsaal der Uni eröffnet ein Mann das Feuer. Es gibt ein Todesopfer und drei Verletzte. Auch der Täter ist tot – doch was war sein Motiv? **Seite 26**

SPORT

Drei Einzel-Titel



Anne Böcker (Bild), Brenda Catarina-Byll und Marco Giese siegen bei westfälischen Hallenmeisterschaften, zudem zwei Staffel-Erfolge. **Seite 25**

KULTUR/MEDIEN

Cello und das CO₂

Orchester setzen sich für Klimaschutz ein. Auch die Philharmonie Südwestfalen ist für das Thema sensibilisiert. / Experimentelle Impro-Comedy im Ersten: Anja Kling hatte für „Das Begräbnis“ nur zwei Drehtage. **Seiten 20/27**

WETTER

Grau in grau

Bei Höchsttemperaturen von 3 bis 5 Grad bleibt es den ganzen Tag neblig-trüb. Dabei fällt örtlich Nieselregen. **Seite 2**



HEUTE
5 / -1

LESERSERVICE

Leserservice:

☎ 02 71 / 59 40-8 • Fax: -3 09
Leserservice@Siegener-Zeitung.de
Lieferreklamation:
☎ 02 71 / 59 40-4 01

Anzeigen:

☎ 02 71 / 59 40-7 • Fax: -3 18 oder -3 84
Anzeigen@Siegener-Zeitung.de
Redaktion:
☎ 02 71 / 59 40-2 37 • Fax: -2 39
Redaktion@Siegener-Zeitung.de

Mitglied im
RedaktionsNetzwerk Deutschland RND#



2 04 04

4 190629 502101

Siegen diskutiert, Olpe testet

Kreis Olpe geht eigenen Weg und sorgt mit PCR-Tests im „Lolli“-Format in den Kitas für Corona-Klarheit.

Seite 3



Foto: r1

Wüst dringt auf Impfpflicht

BERLIN Bund und Länder verzichten vorerst auf schärfere Corona-Maßnahmen

Mit einer neuen Kampagne will die Regierung die Impfquote weiter steigern.

dpa ■ Trotz des rasanten Anstiegs der Infektionszahlen wollen Bund und Länder die Corona-Maßnahmen vorerst nicht verschärfen. Sie sehen im Moment aber auch keine Möglichkeit für Lockerungen. Man müsse unverändert vorsichtig bleiben, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Montagabend nach Beratungen mit den Ministerpräsidenten der Länder. Noch sei unklar, wie sich die Pandemie weiter entwickeln werde. Man werde bei Bedarf die notwendigen Entscheidungen treffen. „Jetzt aber gilt erst mal: Kurs halten!“

Bund und Länder beschlossen, weitergehende Schritte zur Infektionskontrolle zu vereinbaren, falls eine Überlastung des Gesundheitssystems droht. Zugleich vereinbarten sie, Öffnungsperspektiven für jenen Moment zu entwickeln, an dem eine Überlastung des Gesundheitssystems ausgeschlossen werden kann. Zur Erhöhung der Impfquote in Deutschland will die Bundesregierung laut Scholz noch stärker als bisher für den Impfschutz gegen das Corona-

virus werben. Mit großer Anstrengung habe die Bundesregierung eine neue Kampagne zum Impfen und Boostern aufgelegt, erklärte der Kanzler. Neben Plakaten mit der Motto-Aufschrift „Impfen hilft“ solle es nun auch verstärkt Aufrufe im Radio und auch auf Social-Media-Plattformen geben.

Bund und Länder beschlossen, die begrenzten Kapazitäten für PCR-Tests zu erhöhen. Dazu müssten alle Anstrengungen unternommen werden, heißt es in ihrem Beschluss. Zugleich wurde festgehalten, dass es bei auftretenden Engpässen unabdingbar sei, Priorisierungen vorzunehmen. Die Länder nahmen den Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz zur Kenntnis, die begrenzt verfügbaren PCR-Tests auf besonders gefährdete, vulnerable Gruppen zu konzentrieren sowie auf Beschäftigte, die diese betreuen und behandeln. Es handele sich um das Personal insbesondere in Krankenhäusern, in Praxen, in der Pflege, in Einrichtungen der Eingliederungshilfe und für Personen mit dem Risiko schwerer Krankheitsverläufe.

NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) dringt weiter auf eine allgemeine Impfpflicht. „Wir kommen nur raus aus den ständigen Wiederholungen von Lockdown und Lockerungen, wenn mehr Menschen geimpft sind“, sagte Wüst. „Eine Impfpflicht

gehört zu einer vorausschauenden Pandemiepolitik dazu“, hob er hervor, darüber sei man sich in der Runde einig gewesen. Bund und Länder erklärten, dass es bei Großveranstaltungen einheitlicher Regelungen be-



Jetzt aber gilt erst mal: Kurs halten!

Olaf Scholz
Bundeskanzler

dürfe. Die Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder wurden beauftragt, bis zum 9. Februar eine einheitliche Regelung zu vereinbaren.

Die Bundesregierung will auch prüfen, ob die Corona-Wirtschaftshilfen und die Sonderregelungen beim Kurzarbeitergeld über den März hinaus verlängert werden. Im Beschluss heißt es, man sei sich einig, dass zeitnah über eine Fortführung und Ausgestaltung der Hilfen entschieden werden müsse. Dazu werde die Regierung bis zum nächsten Treffen am 16. Februar einen Vorschlag vorlegen.

Benedikt XVI. hat gelogen

Emeritierter Papst räumt falsche Angaben für Münchner Missbrauchsgutachten ein

dpa München. Kehrtwende bei Benedikt XVI.: Der emeritierte Papst hat eingeräumt, bei seiner Stellungnahme für das Missbrauchsgutachten des Erzbistums München und Freising an einer wichtigen Stelle eine falsche Aussage gemacht zu haben. Laut einem schriftlichen Statement seines Privatsekretärs Georg Gänswein, das unter anderem das Portal „Vatican News“ und die Tagespost Stiftung am Montag veröffentlichten, sprach der emeritierte Pontifex von einem „Fehler“ und einem „Versehen bei der redaktionellen Bearbeitung“ seiner Stellungnahme.

Benedikt habe – anders als in der Stellungnahme zu dem vorige Woche veröffentlichten Gutachten behauptet – doch im Jahr 1980 als Erzbischof von München und Freising an einer Ordinariatsitzung teilgenommen, bei der nach Überzeugung der

Gutachter über einen Priester gesprochen wurde, der mehrfach wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern auffällig geworden war. Der 94-Jährige wollte bei seiner Korrektur der Aussage „betonen, dass dies nicht aus böser Absicht heraus geschehen ist, sondern Folge eines Versehens bei der redaktionellen Bearbeitung seiner Stellungnahme war“, hieß es in dem am Montag veröffentlichten Statement. „Dieser Fehler tut ihm sehr leid und er bittet, diesen Fehler zu entschuldigen.“

Der Sprecher der Opferinitiative „Eckiger Tisch“, Matthias Katsch, zeigte sich enttäuscht über die Reaktion des Papstes auf das Gutachten. Benedikt habe sich nur dafür entschuldigt, dass er eine falsche Angabe zu seiner Teilnahme an einer Sitzung im Jahr 1980 gemacht habe. „Entschuldigen müsste er sich eigentlich für den ganzen

Vorgang, denn er ist mit dafür verantwortlich, dass dieser Priestertäter anschließend jahrzehntlang Kinder im Bistum gefährden konnte“, sagte Katsch der dpa. „Das ist ja der eigentliche Skandal.“

„Joseph Ratzinger verstrickt sich immer mehr in seine Lügengebilde und wird auch durch die angekündigte ausführliche Stellungnahme den irreparablen persönlichen Schaden für sich und sein Lebenswerk nicht mehr beseitigen können“, sagte der Kirchenrechtler Thomas Schüller. „Er beschädigt damit dauerhaft das Papstamt und damit die katholische Kirche.“

Die katholische Reformbewegung „Wir sind Kirche“ bezeichnete die Stellungnahme Benedikts als „peinlich“. „Was immer noch fehlt, ist sein persönliches Schuldeingeständnis“, sagte „Wir-sind-Kirche“-Sprecher Christian Weisner.

Quicklebendig

Putin macht die Nato stärker

Wladimir Putin hat es wieder mal geschafft, anderen Menschen Angst zu machen. In dieser Disziplin ist der russische Staatschef unschlagbar. Westliche Botschaften in der Ukraine reduzieren ihr Personal, raten Familienangehörigen zur Heimreise – und tragen auf diese Weise bei zu einer weltweit wachsenden Nervosität.

Zugleich aber bewirkt Putin noch etwas ganz anderes, etwas für Russland sehr Ungünstiges. Die Nato, im Jahr 2019 vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron für „hirntot“ erklärt, zeigt sich plötzlich quicklebendig. Selbstbewusst verstärkt das Bündnis seine Truppen quer durch Osteuropa. Dänemark und Spanien etwa schicken Schiffe westwärts. Die USA planen die Verlegung Tausender Soldaten über den Atlantik.

Zugleich kommt jetzt ein wahrhaft historisches Wendemanöver in Gang. Die bislang stets neutralen Staaten Schweden und Finnland nähern sich neuerdings der Nato an wie noch nie. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg durfte, nachdem er die Truppenverstärkungen verkündet hatte, noch am gleichen Tag in seinem Hauptquartier in Brüssel die Außenministerin Schwedens und den Außenminister Finnlands begrüßen, zu einem gemeinsamen Besuch.

Schweden, das bereits oft an Nato-Einsätzen teilnimmt, könnte notfalls über Nacht Mitglied werden. Bei Finnland wird es länger dauern. Doch dort wirbt jetzt Pekka Haavisto, erster grüner Außenminister und möglicher künftiger Staatspräsident Finnlands, beherzt für den Beitritt zur Nato, möglichst schon im Laufe der nächsten fünf Jahre.

Die Ironie der Geschichte wird damit unübersehbar: Putin treibt die Erweiterung der Nato, die er stets wortreich bejammert, eigenhändig voran. Alle Menschen werden Brüder – sobald ein gemeinsamer Feind auftaucht. Hat das angebliche strategische Genie im Kreml diese alte Grundregel verkannt?

Matthias Koch

Ukraine-Krise: Nato erhöht Militärpräsenz

dpa Moskau/Brüssel. Im Ukraine-Konflikt nehmen die Spannungen zwischen Russland und dem Westen mit Nato, USA und EU weiter massiv zu. Die Nato bestätigte am Montag Überlegungen der USA zu einer Truppenaufstockung in Bündnisstaaten in Osteuropa. Zudem schicken mehrere Mitgliedsländer Schiffe und Militärflugzeuge in Richtung Osten, wie das Bündnis in Brüssel mitteilte. Die Außenminister der 27 EU-Staaten stellten der Ukraine Unterstützung bei der Militärausbildung in Aussicht. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg begrüßte, dass Bündnispartner zusätzliche Kräfte in die Nato einbringen. In einer Pressekonferenz am Montagabend betonte er, dass dies keine Bedrohung für Russland sei. „Das ist eine defensive Maßnahme, die Nato bedroht Russland nicht.“

► Seite 15

Kein Sieger bei der Präsidentschaftswahl

dpa Rom. Bei der Präsidentschaftswahl in Italien hat es im ersten Durchgang noch keinen Sieger gegeben. Weil sich die großen Regierungsparteien im Vorfeld entschlossen hatten, weiße Stimmzettel ohne Namen von Kandidaten abzugeben, erreichte niemand die für eine Wahl nötige Zweidrittelmehrheit unter Abgeordneten, Senatoren und Regionalvertretern. Am Ende waren mehr als 650 der 1009 Stimmzettel leer. Am Dienstag könnte sich ein ähnliches Szenario entwickeln. Erst vom vierten Wahlgang an reicht eine absolute Mehrheit.